

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 19 (1939-1940)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Kriegsziele oder Friedensziele? : Ein Franzose über Versailles  
**Autor:** Sprecher, Jann v.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-158680>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 01.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

les dangers. N'en faisons, ni un oreiller de paresse, ni un miroir à illusions.

Ne croyons pas qu'elle nous autorise à tout dire, à tout nous permettre, à transposer la grossièreté de langage et la mauvaise éducation que l'on est en droit, si souvent, de nous reprocher, sur les grandes dimensions de la politique, de la stratégie, de la diplomatie et de l'histoire.

Sachons garder notre dignité, notre courtoisie, notre calme, nous soustraire à l'esprit de panique et nous défendre contre la « guerre des nerfs ». Ayons souci de nos responsabilités personnelles.

Méditons cette parole de Jean de Müller: « Prendre des mesures à propos n'appartient qu'aux peuples intelligents. Celui qui attend le moment de la crise fait tout avec passion, avec exagération et à la hâte. »

Jean de Müller a trouvé le mot de la fin. Tout se résume en ceci: *soyons intelligents.*

## Kriegsziele oder Friedensziele?

(Ein Franzose über Versailles.)

Von Jann von Sprecher.

Die Reise des amerikanischen Unterstaatssekretärs Sumner Welles, der in diesen Tagen Herrn Roosevelt Bericht erstattet, diene, so wurde anfänglich mit auffallender Betonung versichert, dem ausschließlichen Zwecke der Information. Was die erste Ausgangslage betrifft, so möchte diese Auslegung gewiß zutreffen. Allein — und die Entwicklung der letzten Tage beweist es — man wird sinngemäß hinter dieser an sich schon sensationellen Reise ganz bedeutend mehr zu entdecken haben. Der Präsident der Vereinigten Staaten — er hat, wie man sich erinnern wird, im vergangenen Herbst erklärt, der Krieg werde im Frühjahr 1940 zu Ende sein — sucht ohne Zweifel, und zwar in nunmehr ständiger Verbindung mit dem Heiligen Stuhl, Grundlagen für eine Vermittlung abzuklären. Dabei erschiene es durchaus müßig, etwa abwägen zu wollen, in welchem Verhältnis hier die innenpolitischen Motive des Präsidenten zu seinen außen-, besser weltpolitischen Bestrebungen einzusetzen wären; gewiß ist nur, daß wir es mit einer Aktion von allergrößter Bedeutung zu tun haben. Europa befindet sich, nach 6 Monaten Krieg — und auf der Schwelle zur Entscheidung über die weitere kriegerische Entwicklung — einer gewichtigen ersten diplomatischen Einflußnahme der Vereinigten Staaten gegenüber, durch die — bevor das Schlimmste eintritt — ein Weg aus einer allem Anschein nach zwar fast ausweglosen Situation ausgekundschaftet werden soll. Dabei wissen wir heute nicht einmal, ob die Berichte, die der amerikanische Sendbote über das große Wasser trägt, nicht derart sind, daß alle weiteren

Bemühungen als zur Zeit zwecklos eingestellt werden — allein, mag auch das Schlimmste eintreten: selbst wenn dieser erste Versuch, das in Not und Elend versinkende Europa durch einen entschlossenen Griff am Kragen zu retten, an der Verbissenheit der Gegensätze abprallt — darüber soll man sich nicht täuschen: weitere Versuche werden folgen, und es erscheint schon heute beinahe undenkbar, daß nicht die Vereinigten Staaten eines Tages, mag dieser nun nah sein oder ferne, einen entscheidenden Einfluß auf die Lösung der europäischen Quadratur nehmen werden — wäre es am Ende „nur“ aus den Erwägungen der Interessen der Weltwirtschaft, die ohne solche Intervention als die auf Jahrzehnte hinaus am furchtbarsten Geschlagene aus der Katastrophe hervorgehen würde. Gleichwohl dürfte diese Richtung der Intervention am Ende kaum ausschlaggebend sein: Wenn die amerikanischen Wahlmänner im November 1940 Herrn Roosevelt als Präsidenten bestätigen oder auch nur einen Mann seiner weltanschaulichen Geistesrichtung und weltpolitischen Auffassungen wählen — daß eine dieser beiden Alternativen sich verwirklicht, dürfte heute sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich beanspruchen —, so wird sich der entscheidende Einfluß von U. S. A. eben eines Tages in jener Richtung geltend machen, die in den Kundgebungen des Präsidenten unmittelbar vor Ausbruch des Krieges, in Aktionen wie der Beschneidung des Neutralitätsgesetzes und seither in zahlreichen Äußerungen führender Persönlichkeiten des regierenden Amerika — zuletzt noch in der Rundfunkrede des Präsidenten vom 17. März 1940 — zum unmißverständlichen Ausdruck gekommen sind; und man täusche sich nicht, daß auch scheinbar gegenteilige Einschaltungen taktischer Natur an dieser Tatsache kaum etwas zu ändern vermögen.

Und doch wäre die Hoffnung wahrscheinlich verfrüht, wollte sie aus den jetzigen, nach erster Fühlungnahme eingeleiteten Interventionen aus Washington bereits mehr als die Ansätze einer ersten Brückenspannung zum endlichen Frieden erkennen; es müßte die Entwicklung schon eine sehr unerwartete Chance mit sich bringen, wenn eine amerikanische Aktion vor den Wahlen des November dieses Jahres das Spiel der feindlichen Kräfte Europas entscheidend beeinflussen wollte. Vielmehr findet sich Europa in diesen Wochen und Tagen dem ungehemmten Einsatz völlig gegenteiliger Triebkräfte ausgeliefert, der sich von dem Hintergrund der amerikanischen Bestrebungen deutlich abhebt, und kein Mensch weiß, ob nicht unsere Überlegungen bereits in Kürze unter dem Eindruck der Wirklichkeit gewordenen Totalität des Krieges sich eilends verflüchtigen.

Allein nicht einmal die Aussicht auf die schrecklichsten der Schrecken vermag die ruhige Überlegung auf die Dauer daran zu hindern, sich die Tatsache vor Augen zu halten, daß schließlich auch dieser Krieg eines Tages zu Ende sein wird. Dann aber wird die Diskussion um die Kriegsziele jenen Raum verlassen müssen, wo die Wolken und die Nebelschwaden akademischer Erörterungen nur zu oft

die Atmosphäre des Unverbindlichen zu verbreiten lieben und das oftmals feierlich proklamierte Wort wird sich als Realität zu erweisen und im Raume der stahlharten Wirklichkeiten zu bewähren haben. Auch gilt dies, wie wir glauben, für beide Kriegsparteien. Dann aber dürfte das heute „bevorzugte“ ideologische Moment sich plötzlich dem Gewicht rein realpolitischer und wohl zum Teil recht nüchternen Tatsachen gegenübergestellt finden, wo der Nachweis seiner Konsistenz im freien Gegenspiel der Kräfte erst wird erbracht werden müssen. Denn dann werden die Zeiten vorbei sein, die wir heute oft zum Überdruß erleben, wo die ideologische Phraseologie, mangels wirklich beweiskräftiger Unterlagen, sich einfach, als bequeme, weil stets bereite Helferin, die Propaganda herholt, um sich auf ihren Flügeln durch den Äther und an dieses und jenes nachgerade ob solchem Treiben recht mißmutige Ohr tragen zu lassen. Je länger übrigens der Krieg dauert, umso merkbarer wird das ideologische Moment zurücktreten hinter den Erwägungen reiner Machtpolitik, die schließlich in letzter Linie jeden Krieg bestimmen und, wenn uns nicht alles täuscht, auch diesmal wieder in entscheidendem Maße sich geltend machen werden.

Allein, wenn trotz dieser Überlegungen das höhere Moment, die Frage nach dem Sinn des Krieges, ihren Platz beansprucht — wenn also trotzdem Viele heute davon überzeugt sind, daß aus diesem Krieg — sollte er nicht binnen Kurzem als Remispartie zu Ende gehen — irgendwie ein neues Europa entstehen werde, so glauben wir — insofern diese Idee nicht einfach ein Wunschgebilde ohne überlegten Hintergrund darstellt, wie dies natürlich oftmals der Fall ist — in dieser Überzeugung vor allem den Ausdruck jenes Gedankens wiederzufinden, der in diesen Zeiten das denkende — und fühlende — Europa beherrscht: daß unser Kontinent endlich davor bewahrt werden muß, „alle 25 Jahre“ mit Krieg überzogen zu werden. Denn wenn es heute eine einstimmige Meinung in Europa gibt, und sei es nur eine einzige, dann ist es diese; und aus ihr fließt nun allerdings, als unvermeidliches Korrelat, die Überzeugung, daß dieses Ziel nur in einem Europa erreicht und auf absehbare Zeit garantiert werden könne, das, im Vergleich zu den europäischen Verhältnissen in den zwei Jahrzehnten nach dem Abschluß des Weltkrieges, tatsächlich als „neu“ anzusprechen sei. Mit ideologischer „Beweisführung“ hat dieses — man möchte sagen: unumgängliche — Postulat an sich nichts zu tun, sondern in ihm kommt — in letzter Linie — nichts anderes zum Ausdruck als die elementare Überzeugung, daß, auf irgend eine Weise, jedem Volke der ihm zukommende Platz auf der europäischen und weiteren Erde zur Verfügung stehen müsse.

Soweit neben dieser elementaren Forderung rein politischer Natur, die alles andere überstattet, ein ideologisches Moment sich, durch alle Phrasen der Propaganda hindurch, deutlich zu kristallisieren vermag,

so ist es die Entschlossenheit, der bolschewistischen Flut einen unerlöschlichen Damm entgegenzusetzen. Dabei erscheint es nach Lage der Dinge allerdings kaum vermeidbar, daß sich aus dieser Entschlossenheit der überwiegenden Mehrheit der europäischen Gemeinschaft ein Weiteres ergibt: daß nämlich diese fast einmütige Einstellung Europas gegen den Bolschewismus sich nun implicite den Nationalsozialismus als Gegner vornimmt. Allein das ist für diesmal gewiß nicht die Schuld derer, die den Bolschewismus nicht lieben. Das deutsch-russische Bündnis, das, angesichts des unbestrittenen Totalitarismus der beiden Diktaturen, eben doch einem Bündnis des Nationalsozialismus mit dem Bolschewismus gleichkommt, hat hier eine recht verhängnisvolle Parallelität geschaffen, die, gemessen an den noch unvergessenen Husarenritten antibolschewistischen Angriffsgeistes, die jahrelang zum täglichen Brot, zu Wesen und Inhalt aller Kundgebungen im Dritten Reiche gehörten, sich eben doch recht tief in das Bewußtsein des von Natur aus antibolschewistischen Europäers vertiefen mußte, soweit ihn — es gibt auch solche Leute — sein Erinnerungsvermögen nicht völlig verlassen hat. In diesem Zusammenhang hat schließlich die Tatsache, daß das Dritte Reich dem Bolschewismus den seinerzeit versperrten Weg zur Ostsee, den allerdings etwas steinigen Weg über A r e l i e n und weiter den Weg nach W e s t e n, an Warschau heran und bis zu den Karpathen, öffnete, viele nicht nur in ihrem Bestreben, Distanz zu halten, stark gefördert, sondern in dem neutralen Europa zweifellos recht gemischte Gefühle ausgelöst und, man wird es ehrlicherweise zugeben, auslösen müssen. An einer Stelle ist diese Rückwirkung jedenfalls aus den Bezirken des rein Gefühlsmäßigen herausgetreten, um sich realpolitisch zu kristallisieren: es erweist sich heute als unverkennbar, und wird als Tatsache von den verschiedensten, recht maßgebenden Leuten bestätigt, daß die „Nichtkriegführung“ Italiens trotz allen gegenteiligen Versicherungen in der Hauptsache durch die politische und militärische Annäherung des Dritten Reiches an Sowjetrußland — um nicht mehr zu sagen — bedingt worden ist. Dies umsomehr, als die prinzipielle Wendung der deutschen Politik, folgt man den Erklärungen des Grafen Ciano vom 16. Dezember 1939, selbst dem Bundesgenossen erst in letzter Minute, und damit zu einem mindestens dem Geiste des „Stahlpaktes“ vom Mai 1939 widersprechenden letzten Termin mitgeteilt worden ist. Zweifellos sind die letzten Konsequenzen dieser offenbaren Meinungsverschiedenheit im Bereich der deutsch-italienischen Achse keineswegs erkennbar; es genügt für heute, festzustellen, daß Konsequenzen tatsächlich vorliegen.

So bleibt als wirklich faßbare Kristallisation aus den weiten Bereichen des ideologischen Nebels in letzter Linie die Entschlossenheit der überwiegenden Mehrheit der Europäer, auf keinen Fall unseren Kontinent dem Bolschewismus auszuliefern. Es ist denkbar, daß sich aus dieser überzeugten Einstellung, die, wie uns scheint, auch im deutschen Volke tief

verwurzelt ist, dereinst bemerkenswerte Entwicklungen ergeben. Für heute möge es genügen, allein die grundsätzliche Möglichkeit als solche angedeutet zu haben.

Dies vorausgeschickt, wird man sich im übrigen zu vergegenwärtigen haben, daß auch dieser Krieg eines Tages nach sehr realen Gesichtspunkten beendet werden wird. Territoriale Verschiebungen werden dann bestimmt eintreten, ob nun der Krieg mit einem Kompromiß, mit dem Siege der einen, oder mit dem der andern Partei beendet wird. Ihnen wird, gleichgültig, welche der drei Möglichkeiten eintritt, am Ende doch wieder das in letzter Linie entscheidende Gewicht zukommen.

Da mag nun mancher sich die Frage vorlegen, nach welchen Grundsätzen die territoriale Neuorganisation Europas wohl erfolgen werde; ob Versailles sich wiederholt; ob wir ein Versailles mit umgekehrten Vorzeichen erleben werden; oder ob, endlich, nach ganz neuen Grundsätzen eine gänzlich neue Lösung gefunden werden wird?

Es kann, nimmt man sich einmal diese Möglichkeiten vor, selbstverständlich nicht Aufgabe einer neutralen Zeitschrift sein, etwa ein eigenes Wunschgebilde in der Form dieser oder jener Empfehlung in den Bereich der in- und ausländischen Öffentlichkeit starten zu lassen — im Gegenteil: wo große Völker um ihr Leben kämpfen, ist Bescheidenheit und Zurückhaltung des Neutralen erste Pflicht, und es kann niemals seine Aufgabe sein, sich mit wohlgemeinten Rezepten in ein Forum einzudrängen, darin er nichts zu suchen hat. Aber andererseits werden die angedeuteten Probleme eines nahen oder fernen Tages zweifellos recht reale Gestalt annehmen, und ihre Lösung wird das Schicksal Europas vielleicht auf Zeiten bestimmen. So mag ein Rückblick auf Geschehnisse, die schließlich erst um zwanzig Jahre zurückliegen, nicht ohne Interesse sein.

\* \* \*

Jacques Bainville ist zweifellos, seiner ganzen historischen und politischen Einstellung nach, ein Mann der äußersten Rechten Frankreichs, nach seiner Geistesrichtung Charles Maurras verwandt, neben dem der bedeutende Historiker seinen Platz in der Académie française einnimmt. Seine „Geschichte Frankreichs“ ist heute in 268 Auflagen verbreitet — ein Beweis dafür, daß man auch in dem jakobinischen Frankreich keineswegs ein Radikaler, geschweige denn ein Sozialist zu sein braucht, um beträchtliche Resonanz zu finden. Seine historische These entspricht wohl der imperialistischen französischen Schule, deren politischer Konzeption die deutsche Einigung grundsätzlich widerstrebt und die heute in ihr eine latente Gefahr für Frankreich erblickt. Nach den Rezepten des großen Kaisers der Franzosen erstrebt sie somit die Zersplitterung des Deutschen Reiches, wie sie zu den Zeiten des Rheinbundes bestand, soweit sie

nicht seine Zurückführung in den Status des Westfälischen Friedens postuliert.

Die machtpolitische Grundeinstellung des Historikers wird ohne weiteres erkennbar, wenn wir uns heute mit einem seiner Werke befassen, das, bereits im Jahre 1920 erschienen, seit Kriegsausbruch ins Deutsche übersetzt, heute im Dritten Reich propagandistisch lanciert wird, um dem deutschen Volk auf die Zerstückelung Deutschlands gerichtete Tendenzen vorzuführen und damit seinen Kriegswillen zu steigern \*). Mit einer Einleitung aus der Feder des bekannten westfälischen Professors Grimm, der bereits im Ruhrkampf des Jahres 1923 eine hervorragende Rolle spielte und heute als Anhänger des Regimes eine bedeutende Stellung innehat, gestaltet sich das Werk in der Übersetzung als zweifellos gute Waffe der deutschen inneren Kriegspropaganda und findet, als solche, im Reiche starke Beachtung. Daß dabei die schlagwortartig in dem Buch immer wieder erhobene Forderung, die deutsche Einheit zu zerschmettern — „60 Millionen Deutsche gegen 40 Millionen Franzosen!“ — mit Bewußtsein in den Vordergrund geschoben wird, erklärt sich aus diesen propagandistischen Erwägungen. Für den Neutralen erscheint das Buch aus einem besonderen Grunde wichtig und wert. Dieser mag auch eine genauere Betrachtung und Würdigung seines Inhalts rechtfertigen.

Das wesentliche Interesse, das dieses Buch wecken muß, liegt einmal in einer schlagfertigen Kritik des Vertrages von Versailles, und, in Verbindung damit, in einer fast prophetisch anmutenden Darlegung seiner voraussichtlichen Folgen, wie sie in den letzten Jahren, bis zum September 1939, dann tatsächlich eingetreten sind. Die wesentliche Bedeutung des Buches liegt also weniger in der allgemeinen Einstellung, wie sie eben skizziert wurde, als vielmehr in einer lückenlos-kasuistischen Darlegung der Bestandteile des Vertrages und ihrer Mängel. Dabei steht für den französischen Verfasser das Eine zweifellos fest, daß nämlich die Klauseln des Vertrages, an ihrer Schärfe gemessen, auf die Dauer nur einem zerstückelten und damit in seinem Lebensnerv getroffenen Deutschland, niemals aber einem Reiche hätten auferlegt werden dürfen, das, wenn auch in seinem Bestande um ungefähr einen Fünftel beschränkt, doch seine Einheit und damit die Grundlage seiner Wiederaufhebung behalten hatte. Bainville formuliert den Gedanken, schlagwortartig, so: „Der Friede ist zu milde für das, was er an Härten enthält.“ Und die logische Grundlage für diese Behauptung sieht also aus:

„Welche Bürgschaften, welche Vorsichtsmaßregeln hätte diese ungeheuerliche Schuld (die Reparationen) erfordert! Mindestens die eine, daß man diese Millionen von Geschöpfen nicht an dieselbe Ketten-

\*) Jacques Bainville: Les conséquences politiques de la paix. Nouvelle Librairie Nationale, Paris 1920.

Übersetzung: Jacques Bainville: Frankreichs Kriegsziel. Mit einer Einleitung von Prof. Dr. Friedrich Grimm. Hanseatische Verlagsanstalt AG., Hamburg 1939.

tugel angeschmiedet hätte, mit einer einzigen Regierung, morgen vielleicht mit einem einzigen Führer an ihrer Spitze, der sie lehren wird, ihre Kette zu brechen.“

1920 wurde dies geschrieben! Und weiter:

„Alles ist dazu angetan, 60 Millionen Deutsche fühlen zu lassen, daß sie gemeinsam und unzertrennlich ein schmerzhaftes Schicksal erfahren haben. Und alles ist dazu angetan, um in ihnen den Wunsch und die Fähigkeit zu erwecken, sich davon zu befreien; gerade ihre Fesseln werden ihnen dabei als Ansporn dienen.“

Und, als Vergleich mit dem Frankfurter Frieden:

„Das Revanchebedürfnis liegt nicht mehr auf derselben Seite. Aber dieses Mal wird der Besiegte Gründe zur Rache haben, wie wir sie nicht besaßen...“

Hier überdeckt sich Bainvilles Ansicht mit derjenigen Hitler's. Dieser schreibt — „Mein Kampf“ —:

„Wir wollen wieder Waffen! — Jawohl, dazu kann ein solcher Friedensvertrag dienen. In der Maßlosigkeit seiner Unterdrückung, in der Schamlosigkeit seiner Forderungen liegt die größte Propagandawaffe zur Wiederaufrüttelung der eingeschlafenen Lebensgeister einer Nation...“

In dieser Übereinstimmung der Ansichten liegt eigentlich die Geschichte der letzten zwanzig Jahre beschlossen. Zwei Männer, jeder zum andern der denkbar schärfste Exponent machtpolitischer Gegensätze, stoßen auf dieselben Wurzeln, aus denen jener Abschnitt der Weltgeschichte erwuchs, jene Geschichte der Nachkriegszeit, die wir alle mit steigender Besorgnis erlebt haben. In dieser Übereinstimmung der Ansichten liegt aber auch beschlossen jene Tatsache, die nun einmal eine Grundwahrheit ist, und zwar eine jedem geläufige Wahrheit, der Deutschland kennt: daß die Entstehung des Nationalsozialismus mit dem Vertrag von Versailles in einer bedingungslosen Kausalität verbunden ist, daß er nur als Verzweiflungsakt eines zum Letzten getriebenen Volkes verstanden werden kann und, in dem Verhältnis des deutschen Volkes zu ihm, gewertet zu werden verdient. Wer diese unlösliche Verknüpfung übersieht, oder, wie das oftmals zu geschehen scheint, wieder vergessen hat, wird über die Fähigkeit zu objektiver Beurteilung der deutschen Zustände seit 1933 einfach nicht verfügen.

In anderer Form, verknüpft mit der ihm eigenen und eindeutigen Tendenz, findet dieser Gedanke seinen Ausdruck auch bei Prof. Karl Barth, wenn er in einem „Brief nach Frankreich“ schreibt\*):

\*) Kirchenblatt für die reformierte Schweiz, 11. Januar 1940.



„Frankreich und England mußten ihn (den Krieg) unternehmen, weil die Verantwortung für die seit 1919 entstandenen europäischen Verhältnisse — weil die Verantwortung auch dafür, daß Hitler möglich wurde — entscheidend bei ihnen liegt... Es (das deutsche Volk) braucht... die Freiheit, von seiner Arbeit leben zu dürfen. Man kann nicht sagen, daß ihm 1919 und von 1919 bis 1933 diese Freiheit gewährt worden ist. Und damit ist man an der Entstehung des Hitlerismus mitschuldig geworden. Nachdem ich die Zeit der Ruhrbesetzung mitten in Deutschland selbst erlebt habe, weiß ich, was ich sage...“

\* \* \*

Allein die Besonderheiten des Werkes von Bainville liegen keineswegs nur in der richtigen Erkenntnis der Grundfrage, die wir wiedergegeben und die uns, zwar vergangenheitsbedingt, als Ausblick auf die Zukunft noch beschäftigen wird. Zweifellos dienen auch seine einzelnen Betrachtungen, die in zahlreichen, oftmals wiederkehrenden Variationen die wesentlichen Komponenten der Pariser Vorortverträge beinahe lückenlos kritisch wiedergegeben, in mancher Richtung der Abklärung der Frage, was geschehen soll, vor allem aber, was nicht geschehen soll, wenn auch dieser Krieg eines Tages zu Ende sein wird.

\* \* \*

Verjailles ist für Bainville kein „politischer Vertrag“.

„Das Wesen der Politik besteht darin, Voraussicht zu üben. Der Vertrag vom 28. Juni (1920) ist durch seinen Mangel an Voraussicht bemerkenswert. Er häuft Schwierigkeiten auf und verschiebt die Lösungen auf später...“

Weshalb? Der Verfasser ist sich darüber im klaren, daß die sogenannten Nationalstaaten, die den Pariser Vorortverträgen ihre Entstehung verdanken, und die in Wahrheit gar keine waren, die Ursache vieler der späteren — man kann auch sagen: der jetzigen — Schwierigkeiten geworden sind. Es war — nach Bainville — ein Fehler, das Reich, dessen Einheit man unverfehrt ließ, mit diesen schwachen Staaten „wie mit einem Rosenkranz aus kleinen Serbien“ zu „umgürten“. Denn die Nachfolgestaaten hatten, folgen wir dem Verfasser in großen Zügen — indem wir gleichzeitig die von ihm im Jahre 1920 vorhergesagte Entwicklung retrospektiv zu betrachten suchen — im Wesentlichen folgende Mängel:

1. Die drei hauptsächlichsten Nachfolgestaaten waren in ausgesprochenem Gegensatz zu dem eben proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Völker aus der Taufe gehoben. Zwar deutet der Verfasser diesen Punkt, aus nicht ganz unbegreiflichen Gründen, nur an. Tatsache ist jedenfalls, daß Osterreich bereits in jenen Jahren mehrfach seinen Willen zum Anschluß an das Reich kundgab. Dieser Wille wurde nicht respektiert.

Hier wurden 6 Millionen Deutsche verhindert, sich dem Reich anzuschließen.

Die Tschoslowakei war kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat. Es sei daran erinnert, daß dieser Staat auf eine Gesamtbevölkerung von 15 Millionen Einwohnern nur etwas über 7 Millionen Tschechen enthielt, gegenüber 2,5 Millionen Slowaken, 3,2 Millionen Deutschen, 1 Million Ungarn und 1/2 Million Ukrainern.

Hier strebten über 3 Millionen Deutsche zum Reich.

Auch Polen war kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat. Fast 2/5 seiner Gesamtbevölkerung waren Minderheiten, worunter 4 Millionen Ukrainer, 2,2 Millionen Juden, 1 Million Weißrussen, 1,2 Millionen Deutsche.

Hier strebten über 1 Million Deutsche zum Reich.

Bainville sah im Jahre 1920 voraus, was nun tatsächlich eingetreten ist: daß

„die der Anziehungskraft eines großen deutschen Staates unterworfenen Bruchstücke früher oder später in Abhängigkeit von ihm geraten“

werden. Er allerdings wußte ein Rezept gegen diese Entwicklung — es war sein ceterum censeo:

„Wenn es richtig war, Teile der deutschen Länder außerhalb der deutschen Einheit zu lassen, so war es auch notwendig, daß ihre anderen Teile isoliert wurden“.

Also wieder die Argumentation: Versailles läßt sich nur gegenüber einem zerstückelten Reiche durchhalten.

2. Die Nachfolgestaaten hatten, folgen wir Bainville, einen weiteren wesentlichen Mangel. Ihre Grenzen waren willkürlich gezogen:

„Eine Grenze hat einen klaren Sinn, wenn die Menschen wissen, daß jenseits des Grenzpfahls ihre Sitten, ihre Gewohnheiten und die Erinnerungen, die ihnen teuer sind, nicht gelten. Für die neuen Staaten gibt es nichts, was einer solchen idealen Grenze gleich käme, die widerstandsfähiger ist als ein Grenzwall. Alles ist dort neu, unbestimmt und gestaltlos. Zehn, zwanzig, hundert andere politische Kombinationen und Gebietszuweisungen als die, die der Friedensvertrag festgesetzt hat, sind möglich, und wären ebenso vernünftig oder unvernünftig...“

3. Die Nachfolgestaaten hatten, mit Ausnahme von Österreich, im Wesentlichen

„keine geschichtlich gewordene gesellschaftliche Gliederung, keine Verwaltungsorganisation, keine politischen und bürokratischen Überlieferungen“.

Sie hatten, darf man sagen, im Wesentlichen keinen Beamtenstab, den sie zum Aufbau des neuen Staates hätten übernehmen können; so mußte alles aus dem Leeren aufgebaut werden. Bainville be-

mängelt hier mit Recht, daß man die Nachfolgestaaten mit demokratischen Institutionen versorgte, ja geradezu fütterte, für die sie größtenteils kein Verständnis hatten und die so ihrer inneren Entwicklung zum Verhängnis wurden. Warum gab man ihnen, so fragt er, nicht Fürsten, wie dies in solchen Fällen früher üblich war?

„Während des ganzen 19. Jahrhunderts nahm man an, daß die jungen Staaten mehr als andere eines Beschützers bedürften. Eine Nationalität, die man befreite, oder die ihre Einheit neu bildete, erhielt eine konstitutionelle Monarchie oder gab sie sich selbst. Länder, die keine durch die Geschichte zur Herrschaft bestimmte Familie besaßen, borgten sich bei einer regierenden Familie einen Fürsten, um die Rivalitäten im Innern zu vermeiden... So war es in Griechenland, in Belgien, in Rumänien und in Bulgarien, nicht zu reden von Deutschland und Italien, die ihre Einheit dem preußischen und dem sardischen Herrscherhause verdanken...“

Und Bainville scheut sich auch keineswegs, zu sagen, weshalb man diesen Weg diesmal nicht beschreiten wollte:

„Im Jahre 1919 war eine andere Mode aufgekommen. Die Alliierten haben haufenweise Nationalitäten befreit und allgemein die Demokratie eingeführt. Alle neuen Staaten haben ausnahmslos das republikanisch-parlamentarische Regime angenommen. Ihre Verfassung ist den kühnsten Vorbildern nachgezeichnet. Das stellt einen gefährlichen Versuch dar. Völker, die vielleicht nicht einmal zur Hälfte eine solche Verfassung wollten, mußten sie annehmen. Wenn sie nicht ihre Zuneigung und ihre Treue gegenüber dem republikanischen Gedanken ausgesprochen hätten, so wäre ihnen das übel vermerkt worden; man hätte sie autokratischer Tendenzen und gewisser Sympathien für Wilhelm II. verdächtigt und ihnen imperialistische Gesinnung vorgeworfen. Auf diese Weise probiert auch Polen dieselbe Verfassung wieder aus, an der es früher schon zugrunde gegangen ist.“

\* \* \*

Polen — wie ein roter Faden zieht sich durch Bainville's Buch die Sorge um diese Gründung, um den Staat, der dann am 19. September 1921 der Verbündete Frankreichs wurde. Lieft man heute seine Ausführungen, so wird der unbefangene Leser seine Sorgen bestätigt finden, ja eine fast prophetische Sicherheit des Urteils nicht bestreiten können! Für ihn ist Polen offensichtlich der schwächste Punkt im ganzen System. Und aus den gerade in diesem Falle besonders zutreffenden allgemeinen Erwägungen, die, wie eben ausgeführt, die Schwäche dieser Staaten begründeten, zieht er hier seine besonderen Folgerungen. Ihm erscheint es bedenklich, daß die Alliierten zwar dem Reiche seine Einheit ließen, sein Gebiet aber doch um einen Fünftel, um hunderttausend Quadratkilometer, beschränkten, und diese Resorption in der Hauptsache im Osten, gegenüber dem neuen polnischen Staate, vollzogen. Es erscheint ihm dabei am verhängnisvollsten die Trennung Ostpreußens vom Mutterland, also die Konstruktion des polnischen Korridors:

„Die Verbündeten haben Deutschland nicht zerschlagen, sie haben es nicht einmal föderalisiert. Sie haben erklärt, daß man die geschichtliche Entwicklung nicht umkehren könne. An einem Punkte haben sie es doch getan. Und an welchem Punkte! Königsberg, die Stadt Rants, die Stadt, wo der erste König von Preußen sich selbst die Krone aufs Haupt gesetzt hat! . . .“

Aus den so entstandenen Haß- und Revanchegefühlen befürchtet Bainville das Schlimmste für den polnischen Staat, ja für das ganze System. Denn Polen liege „völlig außer der Reichweite der Alliierten“, seine Stärke betrage nicht einmal den zwanzigsten Teil der Stärke Deutschlands.

„Anstatt uns als Stützpunkt zu dienen, wird es zu seiner Verteidigung unsere Hilfe brauchen. Es wird für uns eine Belastung darstellen. Das bedeutet eine schwere Sorge für die Zukunft.“

Allein nicht nur infolge der natürlichen Gegensätze zu Deutschland, in Verbindung mit einer massiven Unterlegenheit zum Reich, erblickt der Verfasser in der Gründung des polnischen Staates einen historisch-politischen Mißgriff; — nun erscheint Rußland auf dem Plan:

„Der Vertrag von Versailles hat Polen seine Selbständigkeit wiedergegeben, als ob Deutschland allein dadurch betroffen und verstimmt würde, als ob Rußland sich darein gefügt und seine Zustimmung gegeben hätte und sich freuen müßte, ein Opfer für die gerechte Sache gebracht zu haben.“

Bainville sieht — im Jahre 1920! — als Folge der polnischen Gründung die deutsch-russische Annäherung:

„Polen scheint geradezu dazu erfunden zu sein, um diese Annäherung zu beschleunigen . . . Zwischen Deutschland und Rußland sind Verträge überflüssig: Polen führt sie zusammen . . . Es gibt kein natürlicheres Bündnis . . . Wir werden uns gegen ein russisch-deutsches Bündnis zu sichern haben . . .“

Das Beispiel des August 1920 (Schlacht um Warschau; Schriftleitung) beweist uns, daß Polen bei einem Angriff Rußlands, mit einem feindlichen Deutschland im Rücken, nicht die geringste Hilfe bei seinen Nachbarn gefunden hat. Wir mußten ihm zu Hilfe eilen; das ist aber die Art von Bündnis, von der man sich möglichst fernhalten sollte. Denn es würde sich begreiflicherweise genau daselbe abspielen, wenn Polen eines Tages von Deutschland angegriffen wird, während Rußland sich bereit hält, durch einen Dolchstoß von hinten Ruß aus seinem Zusammenbruch zu ziehen.“

Auch dies wurde im Jahre 1920 geschrieben! Es ist das Urteil eines Mannes — und mögen seine weltpolitischen Konzeptionen noch so einseitig sein —: seinen Feststellungen und den daraus gezogenen Schlüssen wird auch

der schärfste Kritiker das Zeugnis nicht versagen können, daß sie historisch gedacht und logisch abgewickelt sind.

\* \* \*

Die Ablehnung des Bündnisses mit Polen hindert aber den Verfasser nicht, auch eine Annäherung an Rußland abzulehnen oder zum mindesten für den Fall skeptisch zu betrachten, daß sich diese im Sinne einer Aktion gegen Deutschland bewähren sollte. Rußland ist ihm, schon historisch betrachtet, für Frankreich ein unzuverlässiger Bundesgenosse;

„insbesondere“ — so schreibt er 1920 — „könnte das Asiatentum, anstatt die Horden Asiens gegen Deutschland zu führen, der Komplize der Deutschen werden.“

Daß aber Bainville damit auf jede Sicherung Frankreichs im Osten überhaupt verzichtet, erscheint recht weitgehend und ist eben nur zu erklären aus seiner ultima ratio: daß die Niederhaltung des Reiches überhaupt nur durch seine Zerstückelung zu erreichen sei.

\* \* \*

Wenn so der Vertrag von Versailles in den Augen dieses unerbittlichen Skeptikers keine Gnade finden konnte, ist nicht erstaunlich, daß ihm auch der Völkerbund als untaugliches Mittel erschien.

„Was ist aber die Société des Nations? Das irrealer Gleichgewicht an Stelle des wirklichen Gleichgewichts.“

Für ihn besteht darüber kein Zweifel, daß der Vertrag von Versailles, der „zunächst in folgerichtiger Weise das Bündnis zwischen Deutschland und Rußland geknüpft hat“,

viele Opfer fordern wird. Auch meint er, daß Frankreich binnen kurzem allein stehen werde, die Erfüllung des Vertrages zu erzwingen, weil England seine Interessen unmittelbar nach Abschluß des Krieges — durch die Vernichtung der deutschen Flotte — erreicht habe und deshalb an der Entwicklung der Dinge auf dem europäischen Festland desinteressiert erscheine. Betrachtet man, nachträglich, die Entwicklung, die durch die Etappen des 16. März 1935, 7. März 1936, 12. März 1938, 29. September 1938 und 15. März 1939 gekennzeichnet ist, so wird man seine Voraussage im Wesentlichen bestätigt finden.

In der folgenden Feststellung mag der Kern seines Urteils abschließend zusammengefaßt werden:

„Dieser Friede vermag sich nicht selbst aufrechtzuerhalten. Er kann nur durch unaufhörliche erneuerte militärische Anstrengungen aufrechterhalten werden und bleibt jedem gleichfalls militärischen Ereignis preisgegeben, das sich an den brüchigsten Stellen der Konstruktion abspielt. . . . Man kann sagen, daß der Friedensvertrag von Versailles den ewigen Krieg organisiert.“

\* \* \*

Durch die umfassende Wiedergabe der wesentlichen gegen den Vertrag von Versailles und die anderen Vorortverträge gerichteten Einwände, die nur eine glänzende historische Schulung in dieser logischen Vollendung darlegen konnte, wie es, bis in viele Einzelheiten — wenn auch nicht in alle — in diesem Buche geschieht, mag gewiß dieses oder jenes Streiflicht auf die Periode der Verhandlungen gelenkt werden, die, früher oder später, auch diesem Kriege nachfolgen wird. Wollen wir aus den vielen Erfahrungen, die jene bittere Zeit von 1919 bis 1939 wie Meilensteine abstecken, und wo am Ende des Weges der 1. September 1939 steht, eine der wesentlichen festhalten, so ist es vielleicht die durch die Entwicklung erwiesene Tatsache, daß allzugroßer Doktrinarismus in jeder Richtung dem Aufbau des Friedens, auch des kommenden, nur schädlich sein kann. Die Proklamierung auch der erhabensten Grundsätze für das Leben unter den Völkern, oder die schlagfertigste Festlegung des dem eigenen oder anderen zukommenden Rechtes wird irgendwann doch mit gewissen realpolitischen Grundwahrheiten in Konflikt kommen, deren natürlichste darin enthalten scheint, daß das Prinzipielle angesichts der lebendigen Bedingungen des Lebens, auch unter den Staaten und Völkern, immer nur mit Einschränkungen sich durchsetzen läßt, falls nicht reine Gewaltpolitik getrieben werden soll, die in sich schon den Keim des kommenden Krieges trägt. Denn ein wirklich dauerhafter Friede wird ohne ausgleichende Konzessionen von allen Seiten tatsächlich nicht zu erreichen sein.

Im Namen des Nationalitätenrechts haben die Alliierten das alte Österreich-Ungarn zer schlagen, in Gestalt der Tschechoslowakei aber ein neues Österreich geschaffen, in dem sich sechs von den acht Nationalitäten fanden, die das alte umfaßte! So gestaltet sich die Durchführung eines politischen Grundsatzes, wenn er mit den Realitäten in Berührung gerät! Und nicht zu Unrecht widmet Bainville dem alten Österreich-Ungarn, und, in beschränktem Maße, auch der alten Türkei, die nachdenklichen, im Jahre 1920 immerhin reichlich kühnen, aus der heutigen Perspektive gesehen aber verständigen Sätze:

„Das türkische Reich hatte in gewisser Weise wie die österreichisch-ungarische Monarchie seine Dauer der Schwierigkeit verdankt, die seine Beseitigung und seine Ersetzung für Europa bedeuteten. Solche alten Staatskonstruktionen bieten die Annehmlichkeit, bekannt zu sein. Außerdem neutralisieren sie die Konflikte der Rassen und der Religionen. Den Diensten, die sie ehemals leisteten, wird man noch einmal nachtrauern.“

\* \* \*

Mit einer Sicherheit, die sich den übrigen Beurteilungen Jacques Bainville's würdig anzureihen vermag, zeichnet der Verfasser endlich die Rückwirkungen, die sich aus der ungeschickten Behandlung Ita liens durch

die Alliierten, die gar die Verletzung schriftlich eingegangener Verpflichtungen nicht scheuten, ergeben mußten. Seine Beurteilung in der feltjamen Osterzeit zu lesen, die uns dieses Jahr begegnet, wird unsere Aufmerksamkeit wohl in Anspruch nehmen.

Der Londoner Vertrag vom Jahre 1915 sicherte Italien die Herrschaft über die Adria. Sie zu erringen, dazu war die Besiegung Österreich-Ungarns erforderlich. Hier erinnert Bainville daran, daß die Alliierten im Jahre 1917 den Frieden hätten haben können. Allein sie wiesen die Initiativen des Prinzen Sixtus von Parma und des Königs von Spanien zurück, mit der Begründung, daß ein Separatfrieden mit Österreich durch den Londoner Vertrag ausgeschlossen sei. Man wird dazu bemerken, daß Italien zwar die Herrschaft an der Adria, also die Besiegung, nicht aber die Zerschlagung der Donaumonarchie zugesagt worden war. Die erste Voraussetzung aber war 1917, wenigstens psychisch, wohl doch bereits Tatsache, wie aus dem kaiserlichen Friedensangebot erhellt. Und doch wurde der Krieg bis zur völligen Zerschlagung Österreich-Ungarns weitergeführt; dann aber verweigerten die Alliierten Italien die Vorteile, die sie ihm im Jahre 1915 schriftlich zugesagt hatten! So ging Italien wesentlicher Ansprüche verlustig.

Es ist nicht ohne Interesse, nachzulesen, wie sich die Stimmung in maßgebenden italienischen Kreisen damals äußerte. Am 7. Juli 1919 beschwerte sich Tittoni beim Obersten Rat, daß

„der Repräsentant Italiens behandelt werde, als ob er einem feindlichen und besiegten Staate angehöre, der aufgefordert sei, Rechenschaft wegen verbrecherischer Umtriebe abzulegen.“

Der bekannte italienische Journalist „Rastignac“ kommentierte diese bitteren Worte, in der „Tribuna“, so:

„Es ist also nicht unlogisch, zu schließen, daß die Alliierten den Wunsch hegen, daß zwei Mächte, Deutschland und Italien, besiegt und niedergeworfen aus diesem Kriege hervorgingen.“

„Das ist die Stimmung in Italien“, bemerkt Bainville dazu, und er fügt, vielsagend, bei:

„Aber die Adria wird einmal nicht nur für sie „ein sehr bitteres Meer“ sein.“

Und die weise Voraussicht des Historikers bewährt sich ein andermal, wenn er über die kommende Politik Italiens schreibt:

„Um den Brenner und Triest gegen den ewig drohenden Einbruch der Deutschen zu schützen, wird es auf das Verfahren zurückkommen, mit dem es früher Venetien geschützt hat. Um keinen Krieg mit Österreich zu bekommen, hat es sich mit Österreich verbündet. Eine ähnliche, nur etwas verwickeltere Lage wird ihm den

Gedanken einflößen, gute Beziehungen mit Deutschland anzuknüpfen, das beinahe (1920; Schriftleitung.) sein Nachbar geworden ist.“

Die abschließende Feststellung des Verfassers zu diesem für Frankreich schwerwiegenden Problem aber scheint prophetisch in unsere Tage zu weisen:

„Es (Italien) kehrt zu der Politik der „wohlüberlegten Unbeständigkeit“ zurück, derzufolge es sich seit seinen favonischen Herzögen bald Mitteleuropa, bald Westeuropa zuneigt.“

\* \* \*

Es mag in all der bestehenden Wirrnis noch als günstiger Umstand gewertet werden, daß die Generation, die heute auf beiden Seiten den Krieg führt, soweit sie im reiferen Alter steht, den letzten Krieg bewußt miterlebt hat. Auch gibt es — ebenfalls auf beiden Seiten der Kriegsfront — heute nicht wenige Staatsmänner, die jene diplomatischen und politischen Vorgänge, durch die der letzte Krieg beendet wurde und aus welchen, als formeller Kriegsabschluß wenigstens, die verschiedenen Friedensverträge erwachsen — mit allen ihren „Menschlichkeiten“ — aus der Nähe erblickten. Zum Teil sind sie, die damals schon im politischen Betrieb beamtet waren oder doch im politischen Leben standen, auch heute an leitender Stelle oder sonst an einem, vielleicht parlamentarisch, wichtigen und einflußreichen Posten aktiv. Viele unter ihnen haben die politischen Fehler erfahren, die um die Friedensverträge erwachsen sind und ihre verhängnisvollen Folgen miterlebt. Und wüßte man nicht, wie sehr alle Großmächte in letzten Linie immer den Grundsätzen der reinen Machtpolitik verschrieben sind — mit den naturgegebenen Variationen im Zeitpunkt — und wie sehr die bei einem längeren Krieg angehäuften Erbitterung, die sich diesmal zufolge der Einwirkungen der Radio-Propaganda in ganz besonderem Maße der öffentlichen Meinung bemächtigt, Neigung zeigt, sich auch den verhandelnden Staatsmännern mitzuteilen und sie aus den Bahnen der logischen und voraussehenden Berechnungen zu werfen, so könnten aus der üblen Erfahrung der vergangenen zwanzig Jahre doch einige Hoffnungen geschöpft werden. Vielleicht findet sich auch der eine oder andere Ausgangspunkt für eine günstigere Beurteilung.

Vor allem sind die Auffassungen in Frankreich darüber, was nach einem günstigen Ende des Krieges zu geschehen hätte, noch keineswegs einheitlich. So kann auch keine Rede davon sein, daß etwa Einheitlichkeit in der Richtung auf das in dem Bainville'schen Buche niedergelegte und konsequent vertretene Grundpostulat — die Zerstückelung des Deutschen Reiches — vorhanden wäre. Hier wäre, aus jüngster Zeit, ein Artikel von Joseph Caillaux über das Friedensproblem zu erwähnen, worin



der sehr geachtete Präsident der Finanzkommission des Senates sich dagegen wehrt, einen Karthagofrieden zu wollen und gewisse weitgehende französische Kombinationen ablehnt. Dabei ist übrigens keine Rede davon, daß Cailleur, dem Clémenceau bekanntlich während des letzten Krieges wegen pazifistischer Umtriebe den Prozeß machte, heute wegen seiner Haltung Vorwürfe nach der gleichen Richtung erhielt. Auch zahlreiche andere Stimmen reden einer vernünftigen Auffassung das Wort und verurteilen die Bestrebungen, die, nach der Konzeption Bainville's, die Teilung des Reiches als Postulat für den Frieden befürworten.

Daß im übrigen solche Spekulationen am Ende nur die verhängnisvollsten Auswirkungen haben könnten, wird der Kenner Deutschlands ohne weiteres bestätigen. Trotz aller, zweifellos auch heute noch vorhandener Stammesunterschiede und recht vielseitiger Differenzen, die das Regime wohl verdecken, aber bisher keineswegs beseitigen konnte, würde eine zwangsweise Föderalisierung Deutschlands gerade den deutschen Einheitswillen ins Ungemessene anfeuern und eine Reaktion heraufbeschwören, durch welche die Entwicklung der Jahre 1925 bis 1933 bei weitem übertroffen würde. Daß ein Friede auf einer solchen Grundlage erst recht jene „unaufhörlichen erneuerten militärischen Anstrengungen“ zu seiner mühseligen Aufrechterhaltung erfordern würde, wie sie, nach dem Zeugnis Bainville's, der Friede von Versailles erfordern mußte, liegt auf der Hand. Je mehr solche Konzeptionen sich als Angelegenheiten chauvinistischer Minderheiten erweisen, die es in allen Ländern und zu allen Zeiten geben wird, umso höher kann auch die Hoffnung eingesezt werden, daß die Generation, die nun zwei Kriege erlebt, aus dem ersten in positiver, nicht in negativer Richtung gelernt hat.

Könnte so der Versuch einer Zersplitterung eines großen Volkes mit dem Ziele seiner Unterjochung aus dem damit geschenehen Unrecht nur zu einer noch wesentlich steileren Entwicklung führen, als wir sie als Folge des Vertrages von Versailles erlebt haben, so erscheint es andererseits als unumgänglich, für die Zukunft die notwendigen Folgerungen aus dem Versagen gewisser künstlicher Konstruktionen zu ziehen, die aus einer doktrinären Überspannung theoretischer Begriffe erwachsen. Vor allem aber können die Erfahrungen nicht wohl übersehen werden, die daraus entstanden, daß im Jahre 1919 — jeweils anscheinend aus Gründen der Bequemlichkeit — das Selbstbestimmungsrecht nur den Nationen gewährt wurde, die erstens in ihrem „Raume“ gerade die stärksten und zweitens in der rechtzeitigen Anmeldung ihrer Ansprüche die lautesten und aufdringlichsten waren. Nun war zwar der Begriff des „Lebensraumes“ im Jahre 1919 als solcher noch nicht geläufig; allein es bleibt bei näherer Betrachtung der Verhältnisse unbestreitbar, daß der geographische und bevölkerungspolitische Aufbau gewisser neugegrün-

deter Staaten in der endlich gefundenen Gestalt seine Rechtfertigung anders als durch den Herrschaftsanspruch des relativ stärksten Volkes nun einmal nicht finden ließ. Wohin diese, in offener und restloser Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der betroffenen Minderheiten entstandenen Nationalitätenstaaten im Laufe der Entwicklung gelangten, haben wir mit eigenen Augen erlebt. Und daß sie, historisch und logisch gedacht, in letzter Linie zu diesem Ende kommen mußten, hat uns der französische Historiker überzeugend dargelegt.

Mehr als einem Staat haben diese Fehlkonstruktionen die Existenz gekostet — und dies nicht nur durch fremde Einwirkung, sondern auch durch eigenes Verschulden ihres herrschenden Volkes. Daß diese Erfahrungen in letzter Linie nicht ohne Wirkung geblieben sind, konnte man jüngst einer Ansprache entnehmen, die der polnische Ministerpräsident, General Sikorski, in Ungers hielt:

„Die Bevölkerung der östlichen Gebiete des früheren polnischen Staates“, so führte er aus, „wird sich nach errungenem Siege über ihr künftiges Schicksal selbst aussprechen können, und sie werden dann ihren Willen durch freie und demokratische Wahlen ausdrücken können. Das freie Polen und die freie Ukraine werden gemeinsam über ihre künftigen Beziehungen beschließen.“

\* \* \*

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat in seiner letzten Rundfunkansprache erneut sich zu der Überzeugung bekannt, daß ein gesunder Friede nicht entstehen kann, solange die kleinen Nationen in ständiger Furcht vor dem mächtigen Nachbarn leben müssen.

„Kein Friede“ — so erklärte er — „kann dauerhaft sein, wenn er die Frucht ist einer Bedrückung oder Aushungerung oder Beherrschung von Menschen durch bewaffnete Kräfte.“

\* \* \*

Während zwanzig Jahren hat unser europäischer Kontinent die schwärende Wunde getragen, die ihm im Jahre 1919 geschlagen wurde. Und wieder einmal mußte Europa diese Wahrheit erfahren: daß unter der Herrschaft der Bedrückung und des Schwertes der Friede niemals gedeihen kann.

Ein großes und tapferes Volk schien dazu bestimmt, auf Zeiten hinaus seiner Freiheit beraubt zu sein und Millionen seiner Brüder dem Drucke fremder Herrschaft ausgeliefert zu wissen.

So reifte unter dem Zwange der Not in ihm der Entschluß, seine Ketten zu sprengen und das Gebäude niederzureißen, in dessen dumpfem Modergeruch seine Freiheit zum Tode bestimmt war.

Im Namen des Rechts hat es die Fesseln gesprengt und seine Freiheit wieder erworben.

Im Namen des Rechts fordern heute wieder unterdrückte Völker Europas ihre Freiheit.

Im Namen des Rechts für alle, auch für die Kleinen.

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

Zwei Zeitungen in neuen Gewändern, eine „evangelische“ und eine „frontistische“. — Schweizerisch-amerikanische Beziehungen.

Die „Evangelische Volkszeitung“ hat am Neujahr ein neues Gewand angezogen: Sie zeigt sich in größerem Formate und möchte auch durch die Wahl der Antiqua-Schrift ein moderneres Gehaben hervorkehren. Ihre Aufmachung des Textes entspricht ebenfalls dem Bestreben, sich der gegenwärtigen Art, Zeitungen zu drucken, elegant anzupassen. Doch wollen wir nicht bei diesen äußerlichkeiten stehen bleiben, sondern einen Blick in den geistigen Bereich des Blattes werfen. Die Zeitung nennt sich „Wochenblatt zur Versechtung christlicher Grundzüge im öffentlichen Leben“, macht also offenbar den Anspruch darauf, eine politische Rolle zu spielen. Diesem Gedanken kommt sie auch nach, insofern als sie — neben einem ausländischen und einem inländischen Nachrichtenpiegel — für speziell religiöse und sittliche Belange eintritt, wie Sonntagsfeier, Bekämpfung der Schundliteratur und des Alkoholismus. Das ist aber auch sozusagen alles, was sie an konkreten politischen Meinungen hervorbringt. Im übrigen bewegt sie sich in allgemeinen Erörterungen über die Notwendigkeit der christlichen Grundlagen des schweizerischen Staates. „Die politisierenden Christen,“ so heißt es in einem Aufsatz über „Christentum und Politik“ (von E. Luz in Bern, in No. 3/1940), „wehren sich heute mit aller Entschiedenheit gegen die Aushöhlung des Christlichen im öffentlichen Leben, gegen seinen Niedergang in Familie und Haus und im politischen Leben. . . es gilt, den „christlichen Grundlagen“ auf allen Gebieten des Lebens zum Durchbruch zu verhelfen; es gilt zu warnen, aufzurufen und das Widerchristliche bis in die letzten Schlupfwinkel hinein zu verfolgen. Die christlichen Grundlagen unseres Staates aber können nur gewährleistet sein durch ein christliches Volk, durch eine christliche Familie, durch christliche Einzelne, durch eine lebendige christliche Kirche.“

Dieses „Zu = Durchbruch = Verhelfen“ ist der wegleitende Gedanke der „Evangelischen Volkszeitung“, der auch in den zahlreichen, nicht ungeschickt ausgewählten Zitaten christlicher Staatsmänner zum Ausdruck kommt. Allein, man wird an einer Zeitung, die sich in solchen Allgemeinheiten ergeht, gerade das spezifisch Politische vermissen. Es fehlen ihr die politisch konstruktiven Gedanken. Ein Christ, der politisch mitwirken will, kann nicht bei einer allgemeinen Beteuerung, „das Christliche“ zu wollen, stehen bleiben, sondern muß gewissermaßen aus der Kirche heraus- und in die politische Werkstatt hineintreten, um dort zu planen, zu formen, zu wählen, zu entscheiden, aber auch zu verwerfen und abzulehnen. Und der Christ muß sich dessen bewußt sein, daß er mit seiner politischen Entscheidung sowohl Freundschaften erweckt als auch Widerspruch erregt und selber Fehlritten ausgesetzt ist. Indem nun die „Evangelische Volkszeitung“ diese spezielle Politik meidet, kennzeichnet sie sich eigentlich als unpolitische Zeitung, und man möchte sie eher den religiösen und erzieherischen Blättern beizählen. Sie will nämlich den Bürger einfach zu einer christlichen